

Tageskonferenz zum EU-Jahr der Entwicklung 2015

"Zukunft erwirtschaften zwischen Weltgemeinwohl und Freihandel"

Samstag, 4. Juli 2015 9.30-17.00 Uhr
Jugendherberge Stuttgart, Haußmannstraße 27, 70188 Stuttgart

"Kooperation statt Konkurrenz? Das EU-Jahr für Entwicklung 2015 und die Realität der EU-Handelspolitik"

Ich möchte über 3 Bereiche sprechen:

- Zusammenhang zwischen Handel und Entwicklung
- PCD (*Policy Coherence for Development*), ist grundlegend, aber in der Praxis geschieht noch nicht genug
- Beispiel EPAs - Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*)

Grundsätzlich möchte ich vorweg feststellen, dass:

Handel sich positiv auf Entwicklung auswirken kann, wenn es auch wirklich im Interesse der Entwicklung geschieht:

- europäische Handelspolitik birgt großes entwicklungspolitisches Potenzial.
- **Güterimporte** aus Ländern des Südens können Einkommen schaffen und die Armut mindern - Fair Trade
- **ausländische Direktinvestitionen** können durch Technologietransfer die wirtschaftliche Entwicklung befördern.
- EU-Handelsabkommen könnten helfen, dieses Potenzial durch gezielte Maßnahmen zu entfalten.
- zugleich die Einhaltung der Menschenrechte und die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

Doch die Realität der europäischen Handelspolitik bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück.

- Die angestrebte **Kohärenz zwischen Handels- und Entwicklungspolitik bleiben meistens Lippenbekenntnis**
- die **Integration von Menschenrechts- und Umweltnormen** bleiben bruchstückhaft

Blick auf die EU-Politikbereiche Handel und Entwicklung

a. Wie sieht die EU-Handelspolitik aus?

Die offizielle Ausrichtung der EU-Handelspolitik ist zum einen durch die Europäischen Verträge geprägt, zum anderen durch Strategien, an denen sich das politische Tagesgeschäft orientiert.

Der Warenverkehr wurde bereits von der EWG 1957 vergemeinschaftet.

Seit dem Lissabonvertrag vom Dezember 2009 fallen auch

- **Dienstleistungen,**
- **geistige Eigentumsrechte**
- **sowie ausländische Direktinvestitionen** mit wenigen Ausnahmen

in die **ausschließliche handelspolitische Kompetenz der EU.**

- Die EU-Kommission hat Initiativrecht für die Aufnahme von Handelsverhandlungen
- Der Rat der EU erteilt ihr Verhandlungsmandat.
- Die Kommission verhandelt
- der Rat und das Europäische Parlament stimmen am Ende darüber ab.

Bereits beim ersten Ministertreffen der Welthandelsorganisation 1995 in Singapur machte die EU deutlich, worum es ihr vor allem ging:

- die **weitgehende Liberalisierung und Deregulierung in den Bereichen, in denen europäische Unternehmen produktiver und damit konkurrenzfähiger sind.**
- Dazu gehören Auslandsinvestitionen, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und öffentliches Beschaffungswesen (sogenannte „Singapur-Themen“).

2006 legte die Kommission die „**Global Europe“-Strategie vor**

- Verstärkt so den sehr undifferenzierten Liberalisierungstrend
- Darin forderte sie, den **Stillstand der WTO-Verhandlungen durch eine Reihe bilateraler Freihandelsabkommen** besonders mit größeren Schwellenländern aufzubrechen,
- (Südkorea, Indien, Russland, die ASAEAN-, MERCOSUR- und Golfstaaten)

Öffnung der Märkte dürfe sich **nicht auf Zollsenkungen** beschränken.

Vielmehr wolle die EU den **Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse** (Standards, Normen),

- unbeschränkten **Zugang zu Rohstoffen und Energie**

- sowie auf Regelungen zu neueren Themen wie **geistiges Eigentum, Dienstleistungen, Investitionen und öffentliche Auftragsvergabe**

Kennzeichnend für all diese Verträge ist, dass sie **über** das in der **WTO** vereinbarte multilaterale Liberalisierungsniveau **hinausgehen**.

2010 ersetzte die Kommission die Global Europe-Strategie durch die **Mitteilung**

- „**Handel, Wachstum und Weltgeschehen**“,
- deren Orientierung jedoch unverändert blieb.
- Damit aber bleibt auch der **Konflikt zwischen einer auf Marktöffnung und Rohstoffimport fixierten Handelspolitik und der Verpflichtung zu entwicklungspolitischer Kohärenz ungelöst**.

Da die Liberalisierungspolitik per se weder Entwicklung fördert noch Armut beseitigt, steht sie potenziell im Widerspruch zum Artikel 208 des Lissabon-Vertrags, der Armutsbekämpfung zum „Hauptziel“ der europäischen Entwicklungspolitik erklärt.

(EU agiert auf mehreren Ebenen um seine handelspolitischen Forderungen durchzusetzen:

1. multilateral im Rahmen der Welthandelsorganisation,
2. bilateral mittels Handels-, Investitions- und Partnerschaftsabkommen, die sie direkt mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen aushandelt (z.B. Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen mit Afrikanischen Regionen, EPAs)
3. plurilateral durch die Bildung entsprechender Foren, wie dem TiSA - Trade in Services Agreement)

b. EU-Entwicklungspolitik

- Entwicklungszusammenarbeit ist einer der Kernaspekte der EU-Außenpolitik

Die juristische Basis für EU-Entwicklungspolitik ist im Vertrag von Lissabon in Artikel 208 festgeschrieben.

Art. 208, Lissabon Vertrag:

"Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut. Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung".

Das bedeutet: die Bekämpfung und Beseitigung der Armut,

"Die Union und die Mitgliedstaaten kommen den im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer zuständiger internationaler Organisationen gegebenen Zusagen nach und berücksichtigen die in diesem Rahmen gebilligten Zielsetzungen."(Art. 208, Lissabon Vertrag)

Das heißt nichts anderes wie: Politikkohärenz im Sinne der Entwicklung (*Policy Coherence for Development*, PCD).

Beide Prinzipien sind **rechtliche Verpflichtungen**

Das besagt auch, dass sich die EU z.B. zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) verpflichtet

Und die *Sustainable Development Goals (SDGs)* bis 2030 sind universell

Sie gelten grundsätzlich für ALLE Staaten!

Hier habe ich den Eindruck, dass das auch den EU Staaten noch nicht bewusst ist

Sie müssen auch darüber nachdenken wie es mit ihrer eigenen Ernährungssouveränität aussieht

- Ob sie Umwelt und Klimazielen gerecht wird
- Nachhaltiges Ressourcen- Management betreiben
- Oder den Prinzipien einer inklusiven Gesellschaft

Politikkohärenz oft nicht gewährleistet

Die EU müsste endlich eine **Strategie definieren, die sowohl**

- **die Interessen europäischer Unternehmen**
- **als auch die Zielsetzungen der Armutsbekämpfung ausreichend berücksichtigt.**

Die Logik der EU ist aber:

- **dass Handel Wachstum fördert und somit automatisch auch Entwicklung und Armutsbekämpfung.**
- Sie meint, dass eine liberale Handelspolitik Voraussetzung für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist.

Diese Logik stimmt so nicht.

EU-Freihandelsabkommen setzen durch **übereilte Marktöffnung die noch schwache Industrie im Süden unter Wettbewerbsdruck**, dem diese vielfach nicht gewachsen ist.

Investitionen in den Rohstoffabbau, die die EU aus Gründen der eigenen Versorgungssicherheit fördert, verletzen häufig die Menschen- und Arbeitsrechte etwa von Minenarbeitern oder Kleinbauern.

Trotz dieser Widersprüche wird an der Liberalisierungspolitik festgehalten

„Offener Handel ist ein Schlüsselinstrument erfolgreicher Wachstums- und Entwicklungsstrategien“, schreibt die EU-Kommission in ihrer Mitteilung zu Handel, Wachstum und Entwicklung.¹

„Die Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft trägt zweifellos zur Beseitigung der Armut und zur Förderung besserer Arbeitsbedingungen bei“.

Wo bleiben denn die Erfolge???

Schwellenländer wie **China, Indien und die südostasiatischen „Tigerstaaten“** haben **gezeigt**, dass die Handelsliberalisierung nicht eine Voraussetzung, sondern eher eine **Begleiterscheinung** erfolgreicher Entwicklungsstrategien ist.

- Sie haben ihre heimische Wirtschaft über viele Jahrzehnte gegenüber internationalem Wettbewerb geschützt
- und erst nach und nach ihre Märkte behutsam dem Weltmarkt geöffnet

Sie verfolgten damit eine protektionistische Handelspolitik, die auch die EU-Mitgliedsstaaten noch bis weit in die 1980er Jahre für sich in Anspruch nahmen.

An den Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen wird sehr deutlich wie Europa agiert:

- **Seit 2002 verhandelt die EU mit 76 AKP-Ländern, eine Gruppe afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten, über sogenannten EPAs**
Economic Partnership Agreements.
- **Die EU unterteilte die AKP-Staaten in sieben regionale EPA-Gruppen:** Neben einer karibischen und einer pazifischen Gruppe verhandelt sie mit **fünf afrikanischen Gruppen.**
- Es geht darum, die einseitigen Handelspräferenzen, die die EU den AKP-Staaten bisher nach den Lomé- und Cotonou-Abkommen gewährte, zu ersetzen.
- Das bedeutet, dass **die weit weniger wettbewerbsfähigen AKP-Länder ihre Märkte für EU-Importe öffnen müssen.**
- **Zusätzlich Liberalisierungen im Bereich Dienstleistungen, Investitionen und geistiges Eigentum akzeptieren müssen.**
- Ursprünglich wollte die EU die Verhandlungen bis Ende 2007 beenden.
- Zu dem Zeitpunkt aber hatten nur die Karibikstaaten ein EPA abgeschlossen (CARIFORUM),
- während 18 afrikanische Staaten, aus Furcht ihre Handelspräferenzen zu verlieren, lediglich sogenannte Interim-EPAs beschlossen.

- Nach diesem dürftigen Ergebnis **erhöhte die EU den Druck und setzte zuletzt eine Frist für den 1. Oktober 2014.**
- Alle AKP-Länder, die bis dahin kein EPA unterzeichnet haben, verlieren den zoll- und quotenfreien Zugang auf dem EU-Markt.
- **Dies ist vor allem für jene 14 afrikanischen AKP-Staaten bedrohlich, die nicht zur Gruppe der Least Development Countries (LDC) gehören.**
- Während die LDC weiterhin zoll- und quotenfreien Zugang genießen – alles außer Waffen
- würden die Nicht-LDC ohne ein EPA Zollpräferenzen in der EU verlieren.
- Der **Interessengegensatz zwischen LDC und Nicht-LDC** aber erhöht noch zusätzlich die Spannungen innerhalb der afrikanischen Integrationsverbände.

Und das in den fragilen Regionen Afrikas.

Hier ist Umdenken gefordert!

Nachhaltige Gestaltung der EU-Handelspolitik

Handelspolitik demokratisieren:

- die EU-Handelspolitik ist leider zu oft intransparent.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen sind von Verhandlungen meist ausgeschlossen.
- Nur bestimmte Interessengruppen haben Zugang (z.B. Konzerne, Unternehmensverbände).
- Daher spielen entwicklungs- und umweltpolitische sowie menschenrechtliche Aspekte kaum eine Rolle.

Handelspolitik auf Qualität prüfen:

- es geht nicht nur um wirtschaftliche Aspekte, wie Preis und Wachstumsquoten,
- sondern auch um soziale und ökologische Qualität (Bedingungen der Produktherstellung, Pestizide, etc.).
- Forderung könnte sein: Verbot, Steuern, Zöllen für schädliche Herstellungsverfahren.

Menschenrechte in der Handelspolitik stärken:

- EU hat sich im Lissabon-Vertrag verpflichtet
- universelle und unteilbare Menschenrechte auch in ihrer Außenpolitik zu wahren.
- Die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte bestätigen die Verpflichtungen von Staaten,
- die Bevölkerung vor Menschenrechtsverstößen durch Unternehmen zu schützen,

- sowie die Verantwortung der Unternehmen selbst, Menschenrechte zu achten.
- Bei allen Handels- und Investitionsabkommen sollten regelmäßig unabhängige, menschenrechtliche Folgeabschätzungen vorgenommen werden.
- In allen Abkommen sollten Menschenrechtsklauseln enthalten sein.
- verbindliche Regeln zu Unternehmensverantwortung - Corporate Social Responsibility.

Flexibilität und staatliche Gestaltungsspielräume erweitern:

- Es bedarf eines politischen Ordnungsrahmens, um Unternehmen einerseits an Umwelt- und Sozialstandards zu binden und
- andererseits neue Regelungen für Ressourcenschonung, Umweltschutz,
- soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte zu erlassen.
- Es dürfen nicht nur die Rechte ausländischer Investoren gestärkt werden

Landwirtschaft bäuerlich und umweltgerecht gestalten:

- **es bedarf eines fairen Handelssystems, das:**
 - die Interessen von Bauerinnen und Bauern berücksichtigt
 - das Recht der Staaten auf eine Politik der Ernährungssouveränität respektiert
 - Klima, Umwelt und biologische Vielfalt schützt.

Neben ökologischer und sozialer Verantwortung, die wir im eigenen Land haben, ist es wichtig, dass Industriestaaten ihren **Kurs der Außenwirtschafts- und Handelspolitik wechseln** und dass Politikkohärenz nicht nur auf dem Papier steht sondern endlich auch gelebt wird!